

Gesprächsreihe (T)Raum und Wirklichkeit

Bauen, wie ich will

Gespräch Niederösterreich

im Büro von ORTE Architekturnetzwerk am 1.4.2016

Architekturstiftung: Beginnen wir mit dem Thema „Zeitgenössisches Bauen im Bestand“. Das war im Gespräch 2002 ein wichtiges Thema, weil damals erst kurz jene Novelle aus dem Jahr 1974 ihre Gültigkeit verloren hatte, nach der sich bis dahin neue Gebäude in Niederösterreich harmonisch in den Bestand einzufügen hatten. Damals haben sich einige Gesprächsteilnehmer darüber sehr euphorisch geäußert. Wo steht Niederösterreich heute in dieser Frage?

Eichlinger: Heute lautet die Formulierung zur geforderten Einfüguingsqualität, dass jedes anzeige- und bewilligungspflichtige Bauvorhaben in einem ausgewogenen Verhältnis zum Bestand stehen muss, hinsichtlich seiner Struktur und Gestaltungsprinzipien.

Auch bei der Regelung von Bauwerken im Baulandbereich ohne Bebauungsplan hat es eine rechtliche Änderung gegeben. Bauwerke sind dann bewilligungsfähig, wenn sie hinsichtlich der Bebauungsweise und der Bauklasse nicht von den Hauptgebäuden in ihrer Umgebung abweichen. Dieser Nachweis ist mittels einer Erhebung innerhalb eines 100m Umkreises zu führen bzw. kann auch, ohne der mitunter aufwändigen Mehrheitsfindung, die offene Bebauungsweise und die Bauklasse I und II verwirklicht werden.

Seiß: Das ist ein klares Bekenntnis zum freistehenden Einfamilienhaus, mit dem Argument, dass es schon so viele davon gibt. Wenn man zeitgenössisches Bauen aber nicht nur als gestalterische und stilistische, sondern auch als strukturelle Frage sieht, dann ist das Einfamilienhaus seit über 20 Jahren nicht mehr zeitgemäß. Auch wenn Politik und Gesellschaft an dieser vermeintlich traditionellen Siedlungsform festhalten, ist es allerhöchste Zeit, dass wir auch im suburbanen und ländlichen Raum verdichteter bauen, um unseren horrenden Flächenverbrauch nicht weiter fortzusetzen. Da haben wir einen extremen Aufholbedarf in der Bewusstseinsbildung, um klar zu machen, dass es kein Recht gibt, Einfamilienhäuser zu errichten, nur weil zwei Generationen vorher dies getan haben.

Hofmarcher: Das Thema ist ja nicht neu. Mir als Bürgermeister und auch als Bürger fällt auf, dass der Mensch da ein Gewohnheitstier ist – was er einmal im Kopf hat, macht er dann immer wieder ohne sich umzusehen. Darum ist Bewusstseinsbildung so wichtig. Es geht um den Umgang mit dem Bestand, denkmalgeschützt oder nicht, und es geht um das zeitgenössische Bauen. Aber ganz zu Beginn geht es um die Struktur, die man für ein Siedlungsgebiet braucht, nicht nur bei neuen Siedlungen, sondern auch beim Verdichten. Da wäre es wichtig, die Bauherren mit Leitlinien zu unterstützen, auch wenn diese sehr abstrakt sind.

Graf: Die Regelung in der Bauordnung muss trotzdem nachgeschärft werden. Wenn ich im Umkreis von 100 Metern ein sehr großes Objekt stehen habe, das den Ort prägt, wie zum Beispiel die Herbert-Kaserne in Krems, und daneben ein paar Einfamilienhäuser, dann zählt bei der Ermittlung der zulässigen Bauklasse jedes Einfamilienhaus gleich viel wie die Kaserne,

ohne Berücksichtigung des Volumens. In solchen Fällen kann nichts Vernünftiges herauskommen.

Architekturstiftung: Es gibt das Gerücht, dass die Bauordnung der Jahre zwischen 1974 und 1996 mit ihrer Verpflichtung zur Anpassung an den Bestand alle ambitionierten Architekten aus NÖ vertrieben hat. Ist da etwas dran?

Langer: Die Vertreibung dürfte eine Mär sein, es sind noch immer genügend vorhanden. Ein ambitionierter Architekt kümmert sich sowieso um das Umfeld und um die Gebäudehöhen in der Umgebung. Eine harmonische Einfügung ist für ihn selbstverständlich. Der, der sich nicht darum kümmert, der hat dann halt seine Probleme. Das wird manchmal toleriert und dann stehen Hütten herum, wo man sich fragt, wie kann das sein. Ich würde zusammenfassend sagen, das Gesetz war für engagierte Architektur nie ein Hindernis.

Architekturstiftung: Auch nicht zwischen 1974-1996?

Langer: Nein, wenn man geschickt war, nicht. Es sind ja auch damals Bauten entstanden, die herzeigbar waren. Aber es gibt wie überall gute und schlechte, auch in NÖ.

Seiß: Zeitgenössische Architektur kann man überhaupt nicht über Bauordnungen, Bebauungspläne oder Ähnliches regeln. Es braucht den Diskurs zu Grundfragen, wie wir bauen wollen und vielleicht bauen müssen. Der findet kaum mehr statt, in ganz Österreich nicht. Wenn ich mir ansehe, wie Marte.Marte ihren Entwurf für die Galerie Niederösterreich in der Kremser Altstadt, einen verschraubten Quader, der außen glitzert, begründen, dann ist das schon sehr dürftig. Die Architekten sagen, sie hätten „mit einem quadratischen Fußabdruck in der Stadtstruktur den Bezug zur Wachau stimmig platziert“. Die Jury sekundiert noch mit Formulierungen wie „eine tänzerische Skulptur, die durch Signifikanz und Eigenständigkeit besticht sowie den Stadtraum neu choreografiert“, und alle sind begeistert, dass man vom Obergeschoß einen Blick auf Stift Göttweig hat. Wettbewerbe allein sind noch keine Garantie für gute Architektur. Wir müssen beginnen, auch über die Qualität von Juryentscheidungen zu diskutieren.

Langer: Im Wettbewerbsausschuss der Kammer ist man froh, wen zu finden, der in die Jury geht. Das ist aber zu wenig. Es geht ja auch um die Qualität der Ausschreibung. Ist der Ort richtig, das Raumprogramm? Bei der Galerie NÖ hatte ich das Gefühl, das passt alles nicht. Was soll da herauskommen, wenn die Basis nicht stimmt?

Seiß: Ich frage mich, warum hier von Seiten der Bauherren, der Baubehörde aber auch der Bürgerschaft nicht mehr Ernsthaftigkeit und Tiefgang in allen Belangen eingefordert wird.

Architekturstiftung: Die Frage muss man an ORTE Architekturnetzwerk Niederösterreich weiterreichen.

Schlögl: Ich sehe das nicht ganz so dramatisch, aber doch kritisch. Als ORTE 1994 gegründet wurde, hatten wir viel öfter herausragende ArchitektInnen aus dem In- und Ausland zu Werkvorträgen eingeladen. Es ging immer um Gestaltung. Heute beschäftigen wir uns mit Themen wie, Raumplanung, Verkehr, Kulturlandschaft, Partizipation, Nachhaltigkeit. Wir

entfernen uns von der Architektur und Gestaltung. Der Diskurs hat sich von Architekturvermittlung zur Baukultur-Vermittlung verlagert.

Eichlinger: Im Geschößwohnbau ist die Frage der Architektur oft ein Nebenschauplatz. Ich werde oft von besorgten Anrainern kontaktiert, die große Bedenken hinsichtlich der Ortsbildverträglichkeit haben und auch Widerstände gegen strukturelle Veränderungen leisten. In den wenigsten Fällen geht es dabei aber wirklich um Architektur und ortsräumliche Fragen, sondern um territoriale Besitzansprüche, befürchtete Beeinträchtigungen durch Lärm und Verkehr und auch um Angst vor Änderung der gesellschaftlichen Schichten.

Architekturstiftung: In Niederösterreich sind in den letzten 10, 15 Jahren sehr ambitionierte öffentliche Bauten entstanden: Kulturbauten, aber auch im Bereich von Schulen oder Kindergärten. Hatte das eine Auswirkung auf private Bauaufgaben?

Langer: Es hat sicher Auswirkungen gehabt, aber auf die Majorität der Bauten, nämlich die Einfamilienhäuser, die das meiste Bauvolumen in Niederösterreich darstellen, leider nicht.

Hofmarcher: Man redet mit einem öffentlichen Bauherrn oft leichter als mit einem Häuslbauer. Der hat bestimmte Vorstellung im Kopf und da geht nichts weiter im zeitgenössischen Bereich – weder beim Einzelgebäude, noch bei der Siedlungsstruktur. Da besteht ein großes Manko.

Graf: Beim Wohnbau liegt für uns ist das Problem darin, dass wir in Wirklichkeit für Dritte bauen, deren Bedürfnisse wir „nur“ über Erfahrungen und Erhebungen kennen. Und wir haben den enormen Kostendruck und alles ist technisch so überfrachtet, dass dann oft Kompromisse geschlossen werden und gewisse Dinge einfach nicht mehr kommen, die vielleicht in den frühen Überlegungen schon noch ein Thema waren. Aber ich habe offen gesagt noch niemanden erlebt, der dann bereit war, 10-15% mehr zu bezahlen, um eine spezielle Qualität zu erhalten. Bei den Entscheidungsgrundlagen der Wohnungssuchenden ist es leider so, dass Architektur eher am Ende der Beurteilungskette ist.

Architekturstiftung: Wie sind den die Reaktionen der LeserInnen von NÖ Gestalten – einer Zeitschrift mit einer enormen Auflage – auf zeitgenössische Architekturbeispiele?

Eichlinger: Die Leserreaktionen zeigen, dass Zeitgenössisches inzwischen angenommen wird und ein größeres Verständnis für Architektur entstanden ist. Es kommen sehr viele positive Reaktionen, auch teilweise von älterem Publikum. Ob die Kulturbauten im Land der Grund dafür sind, ist schwer zu sagen.

Hofmarcher: Ich glaube es ist sehr wichtig auch auf Details hinzuweisen, auf Fenster, Türen, Proportionen etc.

Architekturstiftung: Noch als letzte Frage zum Thema Bauen im Bestand – wie funktioniert der Umgang mit denkmalgeschützten Objekten?

Schlögl: Wir haben im letzten Jahr die Reihe „Vergangenheit trifft Gegenwart“ gestartet, weil ArchitektInnen beklagen, durch die gegenwärtige Praxis der Baudenkmalpflege in NÖ

gestalterisch stark eingeschränkt zu sein. Wir wollen das Weiterbauen im Bestand diskutieren und vermitteln, dass Baudenkmäler vor dem Verfall aber auch vor einer Musealisierung bewahrt werden müssen und wir wollen dazu beitragen, die Verständigung mit dem Denkmalamt zu verbessern.

Hofmarcher: Das Thema brennt mir wirklich: Ich habe ursprünglich den Beruf des Maurers erlernt. In den 1970er Jahren wurde in Ybbsitz viel saniert. Und da habe ich viel gelernt an Wertschätzung für die historische Substanz. Heute jammert jeder Bürgermeisterkollege und auch viele andere Leute, sobald bei einem Haus ein Denkmalschutz drauf ist. Da gibt es großes Misstrauen und Unsicherheit, das ist unwahrscheinlich. Auch bei der jungen Generation gibt es leider kaum Verständnis für alte Bausubstanz und da ist wiederum Bewusstseinsbildung erforderlich: Von den Berufsschulen, zu den Maurern, und allen, die irgendwo eine Ausbildung machen aber auch genauso bei jenen die ausbilden.

Graf: Ich sehe das ein bisschen anderes. Ich nehme auch nicht wahr, dass es gegenüber denkmalgeschützten Gebäude eine negative Einstellung gibt, ganz im Gegenteil, die Häuser haben Charakter, haben Flair. Es ist aber absolut inakzeptabel, wenn das Denkmalamt durch seine Auflagen keine anderen Nutzungen mehr zulässt. Das kann es nicht sein: Häuser haben sich immer weiterentwickelt und auch ihre Nutzung geändert. Früher war man da auch in Niederösterreich flexibler und das war viel besser.

Langer: Auf Bundesebene denkt das Denkmalamt da anders. Dort ist klar, dass ein denkmalgeschütztes Objekt ohne Nutzung ein totes Objekt ist. Nach Niederösterreich ist das offenbar noch nicht vorgedrungen.

Eichlinger: Es geht immer einen Spagat zwischen der reinen Erhaltung und Konservierung und der Transformation mit neuen Elementen. Warum wir jetzt teilweise diese restriktive Haltung haben, die jegliche Veränderung als Verschlechterung betrachtet und die Aussage trifft „Besser als es jetzt ist, kann es nicht werden“, finde ich nicht nachvollziehbar, weil es in einer Weise auch eine Bankrotterklärung an unsere heutige Kultur und Zeit darstellt

Architekturstiftung: Das wäre eine spannende eigene Diskussion. Wir machen aber jetzt einen Schnitt bei den Objekten und wechseln zum Thema Raumplanung.

Seiß: Niederösterreich steht da in Vielem stellvertretend für ganz Österreich, wobei es mitunter schon eine unrühmliche Spitzenposition einnimmt. Aber vorerst zum Grundsätzlichen: Wir reden im gesamten baukulturellen Feld immer noch sehr stark von Objekten und nur ganz selten von Siedlungen oder Strukturen. In Niederösterreich haben 50% der Gemeinden keinen Bebauungsplan, und ob die anderen 50% gute haben, sei dahingestellt. In vielen Bereichen, wo Veränderungen notwendig sind, sind die Kommunen aber ohnehin überfordert. Da bräuchte es durchgreifende Reformen auf übergeordneter politischer Ebene. Niederösterreich scheint jedoch wie viele andere Bundesländer der Meinung zu sein: „Wenn wir das riskieren, verlieren wir alles. Denn die Gesellschaft will das ja gar nicht.“ Das möchte ich aber in Frage stellen: ob die Gesellschaft als Ganzes etwas nicht will, oder ob der einzelne in seinem Egoismus das nicht möchte - und wir die Gesellschaft gleichsetzen mit der Summe der Egoisten. Es gibt viele Menschen, die sagen, dass „man“ dies und jenes eigentlich anders machen müsste, aber selber nicht bereit dazu sind. Das ist wieder eine Frage der Vermittlung, der Diskussion, der öffentlichen Bewusstseinsbildung.

Und speziell bei den örtlichen Entwicklungskonzepten, die als strategische Instrumente mit Bürgereinbindung gedacht sind, ist Niederösterreich im bundesweiten Vergleich besonders schlecht aufgestellt – weil die Landespolitik sie auch nicht einfordert.

Hofmarcher: Ein funktionierendes örtliches Entwicklungskonzept wäre natürlich ganz, ganz wichtig, aber die Praxis ist, dass die Leute kommen und nach Baugrund oder Gewerbeflächen fragen – und da gibt es dann Druck. Bei uns war es so, dass alle, insbesondere auch die Landwirte, gesagt haben, wir wollen nicht mehr die Siedlungen erweitern und müssen den Flächenverbrauch bremsen, da waren sich alle einig. Und dann steht einer auf und sagt „Die Leute werden bei uns immer weniger in Ybbsitz (das stimmt, die demografische Entwicklung ist negativ, die Einwohnerzahl nimmt ab), wir brauchen Baugründe“. Da war dann alles recht, ganz egal wo und wie sich der Ort entwickelt, denn wir brauchen Baugründe, nur damit wir Leute in Ybbsitz halten. Das ist widersprüchlich. Das ist alles so ein kurzfristiges Denken. Um ein wirklich gutes Entwicklungskonzept aufzustellen, braucht man einen Prozess mit Zeit, damit die Denkweise der handelnden Personen reifen kann. Und man muss gewissen Realitäten ins Auge blicken, etwa dass nicht jede Gemeinde einen Gewerbe- und Wirtschaftspark hat. Aber da müsste man sehr viel Aufklärung machen und jeder Bürgermeister hat halt die Vorstellung seine Gemeinde muss weiter wachsen, die Kommunalsteuer muss jährlich steigen und die Ertragsanteile des Landes ebenso. Da gehört hineingestochen, denn das geht nicht so weiter und man stößt auch an Grenzen.

Graf: Da kann ich mit ein paar Kremser Beispielen ergänzen: Die Stadt Krems hat immer geklagt, dass sie die Jugend verliert an die Umlandgemeinden. Und hat versucht Grundflächen zu organisieren, hat sie auch organisiert und hat sie gleich mit einem Bebauungsplan belegt. Mit dem Erfolg, dass sie niemand gekauft hat, bzw. schon, aber mit der Auflage „Der Bebauungsplan muss weg, weil, wenn ich da baue, dann möchte ich es so haben, wie ich es will, weil es ist ja mein Haus und nicht wie irgendeiner es festgelegt hat“. Mit dem Ergebnis, dass nach einigen Jahren die Bebauungspläne aufgehoben worden sind, die Grundflächen hat die GEDESAG gekauft und wir haben Reihenhäuser dorthin gebaut, damit wenigstens die Grundtendenz der Verdichtung noch da ist, weil ja der Grund und Boden nicht vermehrbar ist. Aber für die Stadt ist das nach wie vor unangenehm, dass sie viele Junge an die Umgebungsgemeinden verliert, wo sie einfach Bauplätze kriegen ohne irgendeine Vorgabe und dann noch zu einem niedrigeren Preis, weil in Krems ist das Preisniveau höher. Und dann kommt das Argument umso mehr „weil wenn ich schon so viel zahle, dann will ich wie ich will“.

Hofmarcher: Dazu kommt ein springender Punkt – das Geld für die Planer. Wir müssen die Gemeinden stärker fordern, mehr Geld für kompetente Beratung und gute Planung in die Hand zu nehmen, Entwicklungskonzepte gehören alle drei Jahre überarbeitet, dann kommt Dynamik hinein.

Langer: Wenn das Verständnis vorhanden ist, dann ist das Geld auch da.

Seiß: Der Herr Bürgermeister hat schon einige Punkte angesprochen, die zum zweiten Teil meiner Brandrede passen, nämlich dass die klassischen Instrumente der Planung überhaupt nicht ausreichen, um die Siedlungsentwicklung geordneter oder nachhaltiger zu gestalten. Da spielen so viele Aspekte aus ganz anderen Politikfeldern mit hinein - etwa die Kommunalsteuer: Man muss andere Formen finden, wie Gemeinden zu ihrem Geld

kommen, als sie in einen ruinösen Wettkampf um Betriebsansiedlungen zu schicken. Oder die Infrastrukturkosten: Der Reihenhausbewohner im Ortszentrum direkt neben der S-Bahn Station zahlt genauso viel für Straße und Kanal, wie jener im Einfamilienhaus im Grünen. Da haben wir ein ungerechtes System, das jede Effizienz im Vorhinein verhindert. Andere Bundesländer, etwa die Steiermark, haben in den letzten Jahren zumindest einige grundsätzliche Themen neu geregelt, etwa dass Neuausweisungen von Bauland nur noch im Siedlungsschwerpunkt einer Gemeinde möglich sind.

Hofmarcher: Wir widmen nur mit einer Bauverpflichtung von drei max. fünf Jahren und dass ist uns mittlerweile wichtig, aber auch Maßnahmen, dass man das Leben im Zentrum erhält oder wieder herstellt.

Eichlinger: Ich habe eine interessante Studie aus der Energie- und Umweltforschung von Mag. Winfried Moser und Dr. Dieter Reicher aus dem Jahr 2008, gelesen: „Was ist so schön am Eigenheim?“. Diese kam zur Erkenntnis, dass es Gesellschaftsgruppen gibt, bei denen die Vorstellung vom eigenen Haus so dispositioniert ist, dass es für sie gar keine anderen Vorstellungen über alternative Wohnformen gibt. Es gibt aber soziale Milieus, die für Ideen über kompaktere Strukturen aufgeschlossen sind. Aber immer braucht es ein positives Bild, damit einmal eine gefühlsmäßige Basis da ist, auf der man argumentativ aufbauen kann. Ich publiziere in meinem Magazin das freistehende Einfamilienhaus überhaupt nicht mehr, nur wenn es über etwas ganz Außergewöhnliches verfügt. Wenn wir einfach nur sagen würden, Bauen auf der grünen Wiese ist heute ein No-Go, würden wir bei den Menschen gar nichts erreichen.

Graf: Ich glaube, dass sich in der Raumordnung trotzdem schon sehr viel getan hat; wir haben auf alle Fälle zwei Problemfelder: Erstens bereits gewidmetes Bauland und wie es verfügbar gemacht wird, zweitens Neuwidmungen. Bei Neuwidmungen ist die Verfügbarkeit schon ganz anders geregelt. Da gibt es fast nur mehr Vertragswidmungen mit Bauzwang, da ist auch eine allfällige Rückwidmung ein Thema.

Seiß: Leider sind das alles aber nur Kann- und keine Muss-Bestimmung – da bräuchte es verbindliche Vorgaben seitens der Landespolitik. Niederösterreich hatte ja in seinem Raumordnungsgesetz einmal die Bestimmung, wonach für gewidmetes, aber nicht bebautes Bauland nach einer fünfjährigen Übergangsfrist jährlich 10% der Infrastrukturabgabe bezahlt werden sollten. Da haben manche Eigentümer von sich aus sogar Rückwidmungen beantragt. Aber bevor es nach fünf Jahren ernst wurde, hat das Land diese Regelung wieder aus dem Gesetz gestrichen.

Graf: Das stimmt so nicht. Die Regelung ist vor dem Verfassungsgerichtshof gelandet und dort aufgehoben worden, weil sie als zusätzliche Steuer eingestuft wurde, für die das Land keine Hoheit besitzt.

Architekturstiftung: Sind solche Fragen interessant für die lokalen Medien? Wie oft kommt das Wort „Raumplanung“ in den Niederösterreichischen Nachrichten vor?

Gebhart: Das Wort Raumplanung kommt auf verschiedenen Ebenen vor, etwa bei den Gemeinderatssitzungen, die wir dokumentieren. Oder wenn die Landesregierung wieder große Projekte mit der Raumplanung vorhat, z.B. wo Windräder aufgestellt werden dürfen.

Eichlinger: Raumplanung ist heute sicher ein Thema. Früher wurde es nur in entsprechenden Fachkreisen in diskutiert, jetzt geht es mehr in die Breite.

Seiß: Ja, da gebe ich Ihnen recht. Aber leider ist die Politik nach wie vor mehr beim Diskutieren als beim Handeln. Auch in der Verkehrspolitik klaffen Anspruch und Wirklichkeit immer weiter auseinander. So sind die Pendler-Distanzen heute viel größer als noch vor zwei, drei Jahrzehnten – und gleichzeitig stieg der Anteil derer, die diesen Weg per Pkw bestreiten.

Hofmarcher: Das Thema Regionalentwicklung – Stärkung der Regionen – alles was so die Schlagwörter sind, müsste man in diesem Kontext progressiv denken. Die Entwicklung ging immer vom Land in die Stadt, nicht umgekehrt. Und da müsste man dann überhaupt neue Ansätze schaffen.

Architekturstiftung: Wie sieht generell die Zusammenarbeit der Akteure in Niederösterreich aus, die sich um Baukultur kümmern. Gibt es Kooperationen?

Schlögl: Für unsere Vermittlungsarbeit seit 22 Jahren können wir eine sehr positive Bilanz ziehen. Wir arbeiten regelmäßig mit Schulen, mit der Donauuniversität Krems, auch mit einzelnen Gemeinden und zahlreichen Kultureinrichtungen zusammen. Obwohl baukulturelle Themen sehr beliebt sind, vermisse ich in Niederösterreich allerdings eine entsprechende Vermittlung durch die Medien. Die NÖ-Gestalten Broschüre ist das einzige Medium, das regelmäßig über Baukultur in NÖ berichtet. Leider kommt Architektur – wenn man das überhaupt als Architektur bezeichnen kann – in den NÖ Nachrichten und Bezirksblättern nur in bezahlten Beiträgen oder Anzeigen vor.

Gebhart: Wir verfolgen natürlich alle diese Sachen: Baukulturpreise, oder die Goldene Kelle.

Schlögl: Ich will dazu nur sagen, dass im Westen von Österreich Baukultur medial stark präsent ist. Warum können das die Vorarlberger Nachrichten, die NÖN aber nicht?

Gebhart: Die haben eine ganz andere Situation, mit viel höherem Marktanteil und da tun sie sich bei manchen Themensetzungen leichter.

Graf: Die können sich den Bildungsauftrag leisten. Ein anderer muss sich erst mal verkaufen, dann kann er das vielleicht irgendwann einbauen.

Seiß: In Salzburg oder auch in Vorarlberg haben Zeitungen und der ORF vor bald 40 Jahren damit begonnen, Architektur- und Raumplanungsfragen aufzugreifen – auf einem Niveau, das die Menschen verstanden haben. Ich glaube nicht, dass die Niederösterreicher blöder sind als die Vorarlberger oder die Salzburger. Planen und Bauen sind Themen, die die Menschen bewegen. Von 101 Wiener Bürgerinitiativen unter dem Dach der „Aktion 21“ sind 93 dieser Thematik gewidmet.

Gebhart: Tageszeitungen kann man mit Regionalzeitungen, wie wir eine sind, schwer vergleichen. Wir haben 28 Ausgaben, in jedem Bezirk und in manchen auch mehr. Deren Konzept ist es, lokale Berichterstattung zu machen: was passiert in der Gemeinde, beim Sport, in der Politik, in der Kultur usw. Dann haben wir eine Landeszeitung. Wobei ich Ihnen

grundsätzlich recht gebe, dass das eine Plattform ist, wo man das machen könnte. Diese Landeszeitung ist im Vorjahr fast gekippt worden. Jetzt haben wir sie wieder und das wäre theoretisch eine Plattform, wo ich das machen kann. Aber momentan, das muss ich ehrlich sagen, sind wir nicht so weit das zu finanzieren, damit wir auf die Seiten kommen.

Architekturstiftung: Kommen auch die verschärften Bedingungen im Wohnbau, mit Stichworten wie steigenden Kosten, Migration, Unterbringung von Geflüchteten, bei Ihnen vor?

Gebhart: Das kommt schon vor.

Graf: Die aktuellen Entwicklungen berühren den Wohnbau in Niederösterreich natürlich. Man muss da unterscheiden zwischen Asylwerbern und Asylberechtigten, mit denen beschäftigen wir uns im Wohnbau. Da wollen wir das in möglichst kleinen und regional verteilten Einheiten halten, damit keine Ghettos entstehen. Dazu wurde in Niederösterreich der Verein „Wohnen“ geschaffen, der auch die Betreuung übernimmt. Und mit dem Projekt „Wohnchance“ ist das Bemühen verbunden, nicht nur für Migranten, sondern auch für eine Bevölkerungsschicht, die finanziell wirklich sehr begrenzte Mittel zur Verfügung hat, einen Wohnraum zu schaffen, den sie sich leisten können. Im Wohnbau hat sich in den letzten 10 Jahren sehr viel getan, architektonisch, aber auch durch permanente technische Verschärfungen, dass uns die Baukosten allmählich davonlaufen. Niederösterreich investiert im Jahr um die 500 Millionen in die Wohnbauförderung, 300 Millionen kommen vom Bund und 200 vom Land. Von diesen 500 Millionen gehen momentan auf ungefähr 60, 70 Millionen in Wohnzuschüsse für Personen, die finanziell schlechter gestellt sind. Das war der Grund um wieder einen einfacheren Wohnbau zu machen, eben die „Wohnchance“, die sich mit den normalen Bauordnungsbestimmungen begnügen darf und nicht die hohen Wohnbauförderungsrichtlinien erfüllt. Das ist jetzt eine Sonderaktion, wo mehr Kapital kommen wird. Damit sollen 800 Wohnungen in 100 Anlagen zu je acht Wohnungen, entstehen – mit nur mehr 2000 Euro Finanzierungsbeitrag und ca. € 250,-- monatlicher Nettomiete inklusive Betriebskosten. Da gibt es eine breite Schicht für die das infrage kommt und da fallen auch Asylberechtigte darunter. Wichtig ist, dass die Gemeinden die zugehörigen Grundstücke im Baurecht zur Verfügung stellen. Anfangs sind da teilweise Skizzen in den Medien publiziert worden, die total unausgegoren waren, wo sich einfach noch niemand im Detail damit beschäftigen konnte. Wir haben das jetzt über die Architekten aus dem Gestaltungsbeirat komplett überarbeiten lassen, und ich glaube es sind zeitgemäße Häuser, wo wir momentan auf Balkone verzichten, die aber vielleicht nachgerüstet werden können.

Langer: Ob so ein Einheitshaus die Baukultur weiterbringt ist natürlich schon fraglich, wenn man das hinstellt, ganz egal wie die Umgebung ist.

Graf: Das war auch nicht das Ansinnen, aber die Baukultur geht nach meiner Einschätzung damit auch nicht komplett unter.

Langer: Wichtig ist in diesem Kontext auch Mobilität mitzudenken, das wurde die letzten 20 Jahre sehr vernachlässigt.

Hofmarcher: Den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum zu erhalten, ist ganz entscheidend für die Zukunft. Noch eine Anmerkung zu diesem Programm der

„Wohnchance“: Ich habe das nicht im Detail verfolgt, aber ich sehe jetzt überall die Perspektiven dieser Musterhäuser – von der Struktur nicht einmal schlecht durchdacht, aber ich kann mir nicht vorstellen, wo ich die bei uns in Ybbsitz hinstellen kann. Weil das Gelände überall ansteigt und wir müssen bei uns beginnen besser den Leerstand im Zentrum zur Siedlungsentwicklung nutzen und dabei innovative Lösungen suchen.

Schlögl: Wir müssen nicht auf jedes Problem mit einem Neubau antworten. Drei Viertel aller Gebäude Österreichs sind Ein- und Zweifamilienhäuser, in denen derzeit 58% aller Menschen leben. Viele dieser Häuser stehen leer oder sind unterbelegt, auch in Niederösterreich. Die Studie „ReHABITAT“, die vom österreichischen Ökologie-Institut durchgeführt wurde, beschäftigt sich mit diesem Problem und zeigt Lösungen auf. Es wäre wichtig, nun auch Förderungen zu schaffen, um diese Häuser als Mehrpersonenhäuser nutzbar machen zu können.

Graf: Ja, ich schließ mich an, ich finde das auch spannend, ich weiß nur auch nicht wie das geht.

Architekturstiftung: Zum Schluss wollen wir noch ein Zitat aus der Diskussion von 2002 in Erinnerung rufen. Ernst Beneder hat damals gesagt: „Es gibt kaum ein Bundesland, das so große Chancen bietet, gerade weil so viele Themen noch nicht angegangen wurden.“ Wurden die Chancen genutzt?

Langer: Ich würde sagen, es geht voran, ich hoffe in die richtige Richtung. Es tut sich was, es ist nur ein langsamer Prozess.

Schlögl: Ich finde auch es geht voran, für mich persönlich zu wenig intensiv, zu wenig schnell. Für uns als vermittelnde Institution kann ich nur sagen, dass wir noch viel mehr Unterstützung brauchen, die Medien sind angesprochen, andere Institutionen ebenso; auch würde ich es sehr begrüßen, wenn es in Niederösterreich eine Galerie gäbe, in der regelmäßig Architekturausstellungen gezeigt werden.

Eichlinger: Ich möchte natürlich auch eine positive Bilanz ziehen. Ich finde, dass die Menschen sehr viel aufgeschlossener für baukulturelle Themen geworden sind. Wir versuchen ja auch mit unserer Aktion ganz massiv diese Berührungsgänge mit Architekten zu vermindern. Architektur wird ja vielfach als sehr elitäre und intellektuelle Disziplin wahrgenommen, zu der sich viele Menschen gar nicht zugehörig fühlen. Insofern möchte ich mich der vielgetätigten Aussage „Baukultur ist Gesprächskultur“ anschließen

Gebhart: Es entwickelt sich weiter, auch bei den Medien, noch nicht ganz ausgereift. Und es ist die Frage, wie wir einen massentauglichen Zugang finden. Aber grundsätzlich würde ich schon sagen, dass etwas weitergeht.

Hofmarcher: Ganz wichtig für eine positive Bewältigung der Zukunft scheint mir, dass wir Handwerk und Architektur wieder mehr zusammen denken. Die reden heute nicht miteinander, da gehört angesetzt. Es braucht Zusammenarbeit und dann wird's gut weitergehen. Die Leute haben ja auch kaum Gespür und Gefühl, wie wertvoll manche Arbeiten und Bauten sind. Und ich glaube man muss gerade solche Objekte in den Vordergrund stellen und neue Wertigkeiten schaffen, und nicht nur Normen und Verträge

und Kostenermittlungsstellen. Auch das Schöne. Und wenn das zeitgemäße Architektur ist, wäre das sehr gut. Da wäre schon was drin. Man könnte in den Schulen anfangen und überall gute Beispiele vermitteln.

Graf: Ich glaube, dass der geförderte Wohnbau sich in den letzten 10 Jahren gut entwickelt hat – das ist ein herzeigbarer Wohnbau. Unser Problem ist, dass wir sehr kleinteilig bauen. Wir haben eine durchschnittliche Objektgröße von 14 bis 16 Wohneinheiten – das ist natürlich teurer als größere Anlagen und man muss aufpassen, dass man nicht in die Banalität absinkt dann. Das ist der wirklich schwierige Spagat, auch da trotzdem noch Vernünftiges zustande bringen.

Seiß: Ich kann da nicht so optimistisch sein. So gut wie alle planerischen Probleme waren uns schon vor 20 Jahren bekannt: Wir haben gewusst, dass der Autoverkehr einer der Treiber des Klimawandels ist, wir haben gewusst, dass der Bodenverbrauch in Österreich eklatant hoch ist, wir haben gewusst, dass Einkaufszentren auf der grünen Wiese die Zentren zerstören. Heute ist der Bodenverbrauch höher als damals und alle Konzepte und Absichtserklärungen, ihn zu senken, sind sang- und klanglos gescheitert. Auch der Autoverkehr hat noch dramatisch zugenommen – ebenso wie die Zentrenverödung. Das Siedlungspolitische Konzept Ostregion von Mitte der 90er Jahre hätte genau das verhindern sollen – durch Stärkung der von der Bahn erschlossenen Subzentren wie Tulln, Stockerau, Gänserndorf oder Bruck an der Leitha, um hier Schwerpunkte mit kurzen Distanzen zwischen Wohn-, Einkaufs- und Arbeitsorten zu schaffen. Gewachsen sind vor allem aber die Speckgürtel, weil jeder politische Wille fehlte, die entscheidenden Maßnahmen zu setzen. Ich finde es ist eine Schande, wie wir unsere Ressourcen vergeuden. Dabei ist ein immer größerer Teil der Bevölkerung tatsächlich arm oder armutsgefährdet. Vor 20 Jahren ist der Anteil jener, die massive Probleme hatten, sich eine normale Wohnung zu leisten, nicht einmal halb so groß gewesen wie heute. Aber offenbar geht es der Mehrheit immer noch viel zu gut, um den überfälligen Turn-Around in Angriff zu nehmen.

TeilnehmerInnen an der Gesprächsrunde

Petra Eichlinger

Mitarbeiterin im Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung allgemeiner Baudienst, Leiterin der Ortsbildstelle Niederösterreich GESTALTE(N)

Martin Gebhart

Chefredakteur der Niederösterreichischen Nachrichten

Alfred Graf

Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft GEDESAG, Landesgruppenobmann der Gemeinnützigen und auf Bundesebene Stellvertretender Obmann

Josef Hofmarcher

Bürgermeister in Ybbsitz (Siegergemeinde beim Landluft Baukulturgemeinde-Preis 2016)

Karl Langer

Architekt in Wien

Heidrun Schlögl

Architekturvermittlerin, Geschäftsführerin von ORTE Architekturnetzwerk Niederösterreich

Reinhard Seiß

Raumplaner, Filmemacher und Fachpublizist in Wien, Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung